

Smrčka, Walter

Einige Bemerkungen zu allgemein-methodologischen Fragen der öffentlichen Meinung

Sborník prací Filozofické fakulty brněnské univerzity. G, Řada sociálněvědná. 1968, vol. 17, iss. G12, pp. [61]-78

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/111507>

Access Date: 28. 11. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University provides access to digitized documents strictly for personal use, unless otherwise specified.

WALTER SMRČKA

**EINIGE BEMERKUNGEN
ZU ALLGEMEIN-METHODOLOGISCHEN FRAGEN
DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG**

Um unserem Problem womöglich klare Umrisse zu geben, ist es notwendig, der Abhandlung einige allgemeine Bemerkungen vorauszuschicken.

Zunächst zum Termin selbst. Die große Frequenz dieses Termins in der Umgangssprache macht es überflüssig, von dieser Seite her die Bedeutung der öffentlichen Meinung eingehend zu begründen. Nur wenige Termini, welche gesellschaftliche Gegebenheiten bezeichnen, können in den letzten Jahrzehnten so einen stürmischen Aufstieg verzeichnen, wie der von uns zu beurteilende Termin. Aber diese boomartige Ausbreitung des Termins hat nicht in wünschenswerter Weise mit der theoretischen Analyse des Begriffes Schritt gehalten. Das ist zwar an und für sich begreiflich, aber zur Klarheit dieses Fragenkomplexes führt dieser Stand schon viel weniger. So ist es auch begreiflich, daß eine ganze Reihe von ideellen gesellschaftlichen Phänomenen der modernen Gesellschaft, die ohne Zweifel eine gegenseitige Verwandtschaft aufweisen, für welche aber die vorausgesetzte Identität fraglich ist, ohne große Bedenken mit dem Termin – öffentliche Meinung – bezeichnet wird. Den Fragenkomplex, der durch diese Tatsache hervorgerufen wird, wollen wir aber an dieser Stelle nicht untersuchen. Hier sei nur bemerkt, daß wir den Begriff der öffentlichen Meinung als allgemeinsoziologischen, geschichtsphilosophischen, zum politischen Leben orientierten Begriff auffassen werden, wie es auch in der Geschichte lange Zeit üblich war.

Dadurch engen wir die derzeit übliche Auffassung der öffentlichen Meinung ganz beträchtlich ein, nicht aber deshalb, weil wir etwa nur Meinungen mit politischem Inhalt als öffentliche Meinung betrachten möchten, aber um dem ganzen Fragenumkreis ein wenig klarere Konturen zu geben und damit eine festere Basis für die Betrachtung unseres Problems zu gewinnen. Es wird daher nicht zu verwundern sein, wenn wir uns bei der Fragestellung im Hinblick auf das so eingeeengte Thema vorwiegend auf politische Tatsachen beschränken werden und von ihnen ausgehend versuchen werden, die von uns aufgeworfene Frage zu beantworten.

Die öffentliche Meinung als politisches Phänomen zielt ihrem Inhalte nach zum öffentlichen Wesen und stellt einen Standpunkt der Öffentlichkeit zu diesem Wesen dar. Da das öffentliche Wesen vorwiegend und

letzten Endes durch die Staatsordnung als wichtigster politischer Institution verkörpert wird und da die öffentliche Meinung einen der wichtigsten Gegenpole zu dieser Institution bildet, kommt es zwischen beiden zu einer spezifischen Wechselwirkung, die einen erheblichen Einfluß auf das politische Leben der Gesellschaft ausübt. Die öffentliche Meinung ist daher nicht nur vom politischen Leben und von der Staatsordnung, in der sie wirkt, untrennbar, sondern bildet einen immanenten Bestandteil dieses Lebens. Darum, aber nicht nur aus diesem Grunde, wird die öffentliche Meinung derzeit so hoch (politisch) eingeschätzt.

I

(1)

Fast auf jede allgemeinpolitische Frage gibt es im Grunde genommen eine Antwort in zwei Formen. Eine theoretische und eine, die in Termini der landläufigen Sprache formuliert wird. (Der Unterschied ist nicht Absolut.) Zur Charakteristik unseres Problems im Sinne der zweiten Möglichkeit könnten wir eine allgemein bekannte Phrase benutzen. Diese lautet: Die Demokratie befragt, die Diktatur befiehlt. Demokratisch wäre demnach (sicher nicht ihrem Wesen nach) jene Staatsordnung, welche die Meinung der Bürger in Betracht zieht. Die freie Meinungsäußerung bildet, so aufgefaßt ein wesentliches (in diesem Falle fast das wesentlichste) Kennzeichen der Demokratie. Wo es keine freie, öffentliche Meinungsäußerung gibt, gibt es auch keine Demokratie, da die Demokratie jene Form der Regelung allgemeinpolitischer Angelegenheiten bedeutet, an der sich das Volk (Demos) in der erwähnten Weise, d. h. als meinende Öffentlichkeit, als ausschlaggebender Faktor beteiligt.

Die Idee der Demokratie hat sich in der Geschichte mit diesem Attribut fest verbunden. Analogisch verwurzelte sich im menschlichen Bewußtsein die Vorstellung, nach welcher das freie, unbeschränkte Mitbestimmen, Mitstimmen und Mitreden das sichtlich wichtigste Merkmal der Demokratie ausmacht. Diesen Sachverhalt sollte unserer Meinung nach auch die obenangeführte Losung ausdrücken. Durch sie wurde unter anderem auch die Demokratie (selbstverständlich eine gewiße Form der Demokratie) verteidigt und auch propagiert, und nicht immer gegen volksfeindliche Diktaturen, sondern oft mit viel stärkerer Schlagkraft auch gegen Kräfte, welche um den auch nach der Losung ihnen gebührenden Anteil am Staatswesen rangen.

(2)

Eine Lösung ermöglicht demnach zwei entgegengesetzte Inhalte auszudrücken und ermöglicht die Formulierung entgegensetzter Ziele. Politische Losungen, welche auf die Vorstellungsorientierung der breiten Volksschichten abgestimmt sind, können in der Regel dieses Maß der Konkretheit nicht überschreiten, wenn sie nicht ihre Verständlichkeit verlieren wollen. Politische Losungen sind auch nicht (in erster Linie) auf die Verifikationsmöglichkeit orientiert, sondern nehmen vielmehr die Fassungs- möglichkeit der Gesellschaft in Betracht. Zwischen einer Vorstellung,

Losung und der Wahrheit existiert so ein dialektischer Widerspruch; aber gleichzeitig auch eine Einheit. Die Vorstellung ist eine Stufe zur Wahrheit, ist die Vorbedingung der Wahrheit, aber noch nicht die Wahrheit selbst.

(3)

Dem Anschein nach ist es selbstverständlich, daß zur Bezeichnung allgemeiner gesellschaftlicher Gegebenheiten, in diesem Falle jener, die für alle Gesellschaftsangehörige ihren gewissen Wert haben, auch allgemeinverständliche Zeichen und Redewendungen benützt werden. Jeder ist Objekt der Politik und die Demokratie will auch jeden als Subjekt betrachten. Der „Aufstieg“ zum Subjekt der Politik und dessen Anteilnahme am politischen Leben sind durch den allgemein gewährten Spielraum subjektiver und objektiver Bedingungen gegeben. Zu den subjektiven Bedingungen im engeren Sinne gehört das Niveau des Bewußtseins, der Grad der Vorstellungsmöglichkeit, die Fähigkeit äussere Einflüsse als Impulse eigener, aktiver Tätigkeit auszuwerten. Daher kann eine politische Losung den von uns oben angezeigten Rahmen nicht überschreiten, soll sie nicht den Charakter einer Losung verlieren, d. h., soll sie als wirklicher Katalysator aktiver, subjektiver und geschichtsfördernder Tätigkeit dienen. Um also die breiten Volksmassen zur aktiven Anteilnahme am politischen Leben zu bewegen ist, von der subjektiven Seite her betrachtet (von der Seite der psychischen Faktoren), der Bewußtseinsgrad in Betracht zu ziehen. Es ist auch kein Geheimnis, daß die Politik bisher immer vor allem gerade mit diesen Faktoren arbeitete und daß sie auch theoretisch dazu ausgerüstet wurde. (Siehe N. Macchiavelli, *Il principe*, usf.) Einmal ging es freilich darum, um den Massen wirklich zu helfen — Kampf und Agitation der Hussiten und Kommunisten — das andere Mal um die Kraft der Volksmassen gegen ihre eigenen Interessen zu leiten — der Faschismus, im gewissen Maß auch der Liberalismus. Beides zeigt den unkonkreten Charakter einer Losung an, bestätigt auch unsere Ansicht vom widerspruchsvollen Charakter der Vorstellungen. Die Vorstellung, welche in Attituden ihren psychischen Ausdruck findet, ist also der unmittelbare gnoseologische Ausgangspunkt der politischen Tätigkeit der Massen in der vorsozialistischen Demokratie. Das Leben und die Entwicklung der Demokratie wurden von der erwähnten Seite her durch den Charakter dieser Faktoren in beträchtlichem, fast wesentlichem Ausmaß beeinflußt.

(4)

Schematisch und sehr vereinfacht betrachtet stellt sich so die demokratische Staatsform als eine solche vor, welche zwar im Einklang mit dem psychischen Stand der Vorstellungskraft der Volksmassen ist, deren Wesen aber nicht innerlich mit dem Drang zur wahrheitsgemäßen Orientierung des gesellschaftlichen Leben verbunden ist. Gerade dieser Sachverhalt führte viele Theoretiker zur Verteidigung der Diktatur, der Macht der Auserlesenen, der außerordentlich Begabten, usf., und zur Überheblich-

keit in der Beziehung zur Volkmasse. Als bekannt in diesem Sinne gelten ohne Zweifel zum Beispiel Platon, Fr. Nietzsche, aber auch M. Luther und a., um nur einige Repräsentanten möglicher Richtungen anzuführen. Ohne uns in spezielle Fragen einzulassen, führen wir hier z. B. die Meinung Luther's an: „Cibum onus et virgam asino.“¹ Bekannt und einflußreich ist auch die Theorie G. le Bons, die eine scharfe Kritik am sogenannten „Haufen“, einer losen menschlichen Ansammlung, übt. Seine Abhandlung „Psychologie des foules“² kann ebenfalls als Musterbeispiel dienen.

Der Marxismus-Leninismus lehnte und lehnt Theorien dieser Art ab und betrachtet die Volksmassen als aktiven und ausschlaggebenden Bestandteil der menschlichen Entwicklung. Die Wahrheit ist in Bezug auf unser Problem nicht in einer vereinfachten Thesis, respektive, wie es in der Zeit des Stalinkultus war, in einer scheinbaren Vergötterung der Masse. Auch in dieser sehr komplizierten Frage ist die Wahrheit sehr konkret, dialektisch widerspruchsvoll und durch die tatsächliche Geschichtsentwicklung ihrem Inhalte nach beeinflußt. Eine Masse an und für sich gibt es nicht. Jede beliebige Gemeinschafts- und Gesellschaftsform ist durch ein gewisses materielles Interesse bedingt und in ihrer Tatkraft, Lebensdauer usf. hauptsächlich durch den Charakter der objektiven Bedingungen, die zu solchen Interessen führen, gegeben.

K. Marx schrieb, der Mensch sei eine Summe der gesellschaftlichen Beziehungen. Auch die Einstellungen, Attitude des Menschen sind also letzten Endes das dialektische Ergebnis der existierenden gesellschaftlichen Bedingungen. Für den praktisch orientierten menschlichen Verstand stellt schon bloß dieser schematisch angezeigte Tatbestand und seine Widersprüche eine nicht allzu leicht überschreitbare Bürde dar, nötigt ihn nämlich zur Annahme scheinbar diametral entgegengesetzter und gegenseitig sich ausschließender Standpunkte und, was ohne Zweifel noch wichtiger ist, zum Handeln, welches dies alles in Betracht zieht.

So ein Sachverhalt widerspiegelt sich unserer Ansicht nach in zwei möglichen Grundeinstellungen zum gegebenen Problem:

A) Die erste lehnt intuitiv die Existenz solcher Widersprüche ab. Entweder kann man frei meinen, diese Meinungen äußern und danach handeln, und dann ist die gegebene Staatsordnung eine demokratische, oder man kann das alles nicht, man muß sich dem äußeren Zwang bedingungslos fügen. Dann gibt es keine Demokratie, sondern eine Diktatur.

B) Die zweite mögliche und bisher auch nicht belanglose Einstellung und Bewertung dieses Fragenkomplexes beruht auf der Ansicht, daß die Demokratie und Diktatur Staatsordnungen sind, welche zum Ausdruck einer komplizierten Gesellschaftsstruktur werden. Die Staatsordnung bildet einen inneren Bestandteil dieser Gesellschaftsstruktur, deren Charakter nicht bloß nach dem formalen oder quantitativen Maß des Anteils an der freien Meinungsäußerung beurteilt und charakterisiert werden kann, sondern nach dem möglichen und sich wirklich realisierenden Anteil der positiven, den gesellschaftlichen Fortschritt fördernden gesellschaftlichen Elementen an der Staatsführung und dem Staatsleben überhaupt. Wenn die Staatsordnung fortschrittlichen Kräften (den Volksmassen) den gebührenden Anteil am Staatsleben ermöglicht und genügende Voraussetzungen dafür schafft, dann ist sie demokratisch; wenn die zweite

Alternative zutrifft, dann spricht man gewöhnlich von einer Diktatur.

Die ersterwähnte mögliche Einstellung ist die historisch und praktisch weit überlegene. Allem Anschein nach wird sie nicht allzubald ihre Positionen verlieren können. Ihre Fragestellung ist zu klar und durchsichtig, eindeutig und scheinbar praktisch leicht überprüfbar, um wegen der zweiten, viel komplizierteren und zu vielen Irrtümern verleitenden, vielfach spekulativ und theoretisch fundierten Betrachtungsweise, verlassen zu werden. Ob wirklich jeder frei seine Meinung äußern kann, das kann derzeit in der Tat exakt und wissenschaftlich festgestellt werden. Ob aber eine Meinung und die ganze Lebenseinstellung wahrheitsgetreu sind und den gesellschaftlichen Fortschritt fördern, das kann man ohne allgemeine, abstrakte und theoretische Erwägungen nicht in genügendem Ausmaß feststellen und begründen.

Aber nicht nur im ungleichen Maß der Ansprüche im noetischen Sinne ist das Übergewicht der einfacheren Betrachtungsweise zu suchen. Diese hat auch in der Tat, im alltäglichen praktischen Leben, für jeden Menschen ihren praktischen Wert und insbesondere ihre Anziehungskraft. Der Mensch kann nicht nur meinen, denken, abstrakte Konstruktionen aufbauen, aber er muß bisher in überwältigender Mehrheit ununterbrochen praktisch handeln. Oft mechanisch und ohne viel nach der dialektischen Widersprüchlichkeit zu fahnden. Neben dem theoretischen Sinn hat er auch einen praktischen Sinn, welcher infolge der historischen Bedingungen dem ersten weit überlegen ist. Das Handeln ist eine unbedingte Lebensnotwendigkeit, aber eine solche allgemeine Notwendigkeit (eine Notwendigkeit schon!) bildet nicht das theoretische Denken.

Die oben angezeigten Gründe und die „Verteidigung“ der praktischen und einfacheren Einstellung bei der Betrachtung des Problems der öffentlichen Meinung sollte nicht den Schein erwecken, daß nur diese richtig ist. Dies sollte im Gegenteil zeigen, wie kompliziert das theoretische Wesen der öffentlichen Meinung ist. Gleichzeitig sei aber bemerkt, daß unser Bemühen einstweilen nur auf ein Anzeigen und schematisches Skizzieren der zwei Grundeinstellungen ausgerichtet war, nicht aber auf eine spezifische, logische und theoretische Analyse des ganzen Fragenkomplexes selbst.

Der zweite von uns angeführte Zugang zur Analysis der Frage nach dem Wesen und dem Wert der öffentlichen Meinung ist zwar unserer Ansicht nach der wahrheitstreueren, gleichzeitig aber auch jener, der immer einer sehr konkreten Fragestellung bedarf. Hier droht wirklich die Gefahr der Spekulation. Schon W. I. Lenin hat in seinem Beitrag „Zur Frage der Dialektik“³ gezeigt, daß der Denkprozeß die Möglichkeit einer Absolutisierung des logischen Denkens beinhaltet, zur überschwänglichen Betonung des Razionalen im Vergleiche mit dem Sinnlichen und Gegenständlichen führen kann und im Falle des Idealismus auch führt. Die scheinbar unbeschränkte Aktivität im Bereiche des Denkens, sowie die faktische Seinsverbundenheit des Denkens und Meinens mit der Gesamtstruktur der Gesellschaft und die daraus entspringende Kraft und Bedeutung des Denkens bilden zusammen eine solche Vielzahl von Möglichkeiten der Überschätzung des Denkens, daß sich in gewissen historischen Situationen die Möglichkeit der Spekulation tatsächlich und mit

Notwendigkeit realisiert. Das Denken um des Denkens willen bildet demnach den dialektischen Gegenpol zum inhaltsvollen dialektischen Denken. Man könnte unzählige Beispiele aus der Geschichte anführen (wie etwa die Philosophie G. W. Hegels), die unsere Bewertung als gerecht erscheinen lassen. Noch viel wichtiger ist aber die Gegenwart oder die jüngste Vergangenheit. In der Zeit des Stalinkultus wurde unserer Ansicht nach eine vereinfachte Variante dieser Einstellung der öffentlichen Meinung zur Verteidigung des gegebenen Zustandes benutzt, und nicht etwa zum Wohl der sozialistischen Demokratie und zum Aktivisieren der positiven und fortschrittlichen Kräfte der Menschen, sondern zur Erreichung einer kritiklosen Annahme präsentierter Ansichten und zur Einschränkung der Demokratie. Ein ähnlicher Zustand scheint derzeit in der Volksrepublik China das Übergewicht zu haben.

Den Maßstab für die Unterscheidung richtiger von unrichtigen Meinungen bildet in allen diesen Fällen eine abstrakt gefaßte Idee des automatischen Fortschritts, welche ein Resultat subjektiver und unwissenschaftlicher Erwägungen ist. Subjektiver deshalb, weil zur Beantwortung der Frage nach Fortschrittlichkeit gewisser gesellschaftlicher Gegebenheiten nicht die einzig adequate Methode der theoretischen Analyse angewendet wird, sondern hauptsächlich die bloße Autorität der Macht. Hier ist bemerkenswert, wie sich die Gesetze der objektiven Dialektik durchsetzen. Jedem ist bekannt, daß sich die Praktiken des erwähnten Zeitabschnittes mit einer scheinbar sehr konkreten Propaganda und Agitation vereinten, wie etwa die nicht immer angebrachte Betonung solcher Fakten, wie der Produktionszuwachs, das Wachstum der Rohstoffförderung, das Wachstum der Zahl der öffentlichen Funktionäre usw. Alle diese Fakten waren sehr konkret, jederzeit überprüfbar, aber nicht in der Gesamtheit des gesellschaftlichen Lebens gefaßt. Solche Gegebenheiten sind aber an und für sich nicht in direktem und absolut notwendigem Zusammenhang mit dem Wachstum der Demokratie und können nicht den Beweis der Existenz einer fortschrittlichen öffentlichen Meinung erbringen, aber auch nicht, wenn wir nicht mit der Wahrheit im Widerspruch sein wollen, dieses Wachstum bestreiten.

Allgemein betrachtet ist also sowohl in der ersten als auch in der zweiten Betrachtungsweise manches Positive, in beiden aber einstweilen vielmehr Negatives. Die Bestätigung ihrer historischen Richtigkeit hat bisher keine von beiden angeführten Möglichkeiten gewonnen. Die Gründe, warum so ein Sachverhalt in dem zu erforschenden Gebiet herrscht, sind aber diametral verschieden. Die einfache Gleichstellung der abstrakt gefaßten Demokratie mit einer optimalen Freiheit des Meinungsaustausches und dieses mit der Grundbedingung des gesellschaftlichen Fortschritts kann unserer Meinung nach niemals bestätigt werden. Sollte sie aber dennoch bestätigt werden, müßten zunächst die vermittelnden Elemente des zu durchschreitenden Weges vom Abstrakten zum Konkreten gefunden werden, müßte sie wissenschaftliche Gestalt annehmen, würde es also notwendig sein, den von uns an zweiter Stelle angezeigten Weg antreten. Dieser zweite Beitritt zur gegebenen Problematik kann aber nur bei ganz gewissen Voraussetzungen aktuell werden, wobei als unbestreitbare Tatsache gilt, daß solche Bedingungen erst in letzter Zeit im Werden

sind. In wenigen Grundzügen einige Probleme dieses Prozesses zu zeigen, ist nun unsere eigenste Aufgabe.

II

(1)

Die Beurteilung der Möglichkeiten des Studiums der öffentlichen Meinung setzt ohne Zweifel eine bestimmte Auffassung der öffentlichen Meinung selbst voraus, d. h. eine bestimmte begriffliche Fixierung des erwähnten Phänomens. Obwohl in dieser Hinsicht die Literatur nicht allzu karg ist, ist die theoretische Arbeit in diesem Fragenkomplex nicht allzu weit fortgeschritten. Was dann die marxistische Literatur betrifft, gibt es nur sehr wenige Ansätze zur Theorie der öffentlichen Meinung. (Als einzige systematische Arbeit gibt es eigentlich nur die Abhandlung A. K. Uledows.)

(2)

Die Definitionen der öffentlichen Meinung, wie wir sie bei den einzelnen Theoretikern antreffen, sind in den konkreten Einzelheiten sehr verschieden, weisen aber im Grunde genommen dennoch gewisse gemeinsame Zeichen auf.

Die erste Auffassung, die eine selbständige und eigenartige Stellung einnimmt, ist die jener Soziologen, welche auf dem Gebiet der konkreten Meinungsforschung arbeiten. Für diese ist die öffentliche Meinung ganz einfach eine Summe der in der Gesellschaft auftretenden Ansichten.⁴ Diesen Standpunkt kann man in gewissem Sinne auch als theoretisch betrachten, er entspringt aber vielmehr der bloßen Empirie und ist ihr unmittelbarer Ausdruck. Theoretisch betrachtet ist er auch letzten Endes formal, läßt einseitig die inhaltliche Charakteristik des Fragenkomplexes beiseite, da der Inhalt eigentlich durch die konkrete Meinungsforschung ihrem Wesen nach gegeben ist.

Den zur Zeit auftretenden, wirklich theoretischen Auffassungen der öffentlichen Meinung kann man folgende Merkmale entnehmen:

A) Die öffentliche Meinung wird als eine gewisse Art des Meines betrachtet, d. h. als eine durch den Willen bedingte Bewertung gewisser Fragen. Damit soll an erster Stelle das Subjektive in diesen Urteilen hervorgehoben werden. In einer sehr präzisen Form ist diese Auffassung in Tönnies' Werk „Kritik der öffentlichen Meinung“ anzutreffen.⁵ Auch W. Lippman,⁶ der bekannte tschechische Soziologie I. A. Bláha, A. K. Uledow, um einige der wichtigsten zu nennen, vertraten in ihren Werken diesen Standpunkt.

B) Dieses Meinen ist nicht mit der Meinung des Individuums identisch, sondern stellt ein soziologisches oder sozialpsychologisches Phänomen dar. Zwischen der individuellen und der öffentlichen Meinung ist ein qualitativer Unterschied, dessen Merkmale einen der wichtigsten Probleme des Studiums der Theorie der öffentlichen Meinung ausmachen. So beurteilt das Wesen der öffentlichen Meinung z. B. prof. T. W. Adorno, W. Hennis,⁷ usw., aber auch J. J. Rousseau, der wie bekannt, den Grundstein zu dieser Auffassung legte.

C) Die öffentliche Meinung ist immer eine Meinung der Öffentlichkeit welche als historische, dynamische gesellschaftliche Gegebenheit aufgefaßt wird. Im Rahmen dieser Einstellung könnte man noch zwei Varietäten unterscheiden. Die erste legt auf die formale Seite der erwähnten Dynamik den größten Wert, versucht die einzelnen in der Geschichte auftretenden Gesellschafts-, Gemeinschafts- und Gesellungsformen zu definieren, ihre allgemeinen formalen Merkmale im Prozeß der logischen Abstraktion herauszuschälen und diese als methodologische Leitsätze der empirischen Soziologie zu übergeben. Typisch scheint dies für F. Tönnies, T. Parsons, G. Homans, I. A. Bláha usw. zu sein. Obwohl hier offensichtlich das Verlangen nach Präzision, Exaktheit, Verbundenheit mit der Praxis, vorherrscht, können diese Versuche im Hinblick auf ihre theoretische Breite nicht ohne Weiteres Ausgangspunkt wirklich wissenschaftlicher soziologischer Meinungsforschung werden und sind deshalb von dieser Seite her scharf kritisiert worden. Positiv ist hier aber das Bestreben nach einer Formalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen zu bewerten, wenn auch die Ergebnisse nicht ganz überzeugen und viele Fragen offen lassen.

Diese zweite Abart der erwähnten Betrachtungsweise ist dadurch typisch, daß sie die Dynamik der Entwicklung einzelner Beziehungen, die zur Entstehung gewisser Gemeinschafts- oder Gesellschaftsformen führen, auch nach ihrer inhaltlichen Seite her zu erfassen und definieren sucht. Wenn wir als typischen Repräsentanten die marxistische Soziologie anführen, dann wollen wir damit den Beitrag der bürgerlichen Soziologie nicht herabmindern, aber nur die Determination dieser Soziologie durch die idealistische Geschichtsdeutung betonen. Von den älteren Arbeiten sei A. L. Lowell,⁸ von den neueren die Betrachtungsweise Th. W. Adornos erwähnt, aber auch eine der ältesten Arbeiten dieses Bereiches, die Theorie Fr. v. Holtzendorffs,⁹ weist die erwähnten Zeichen auf. Die Ergebnisse dieser inhaltlich-formalen Analyse wirken zur Zeit, in bezug auf die Fragen der Meinungsforschung, ebenfalls noch nicht ganz überzeugend, da sie in der Auffassung der wesentlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten, die den wahren Ausgangspunkt der Formung der öffentlichen Meinung bilden, noch sehr uneinheitlich sind.

D) Die öffentliche Meinung entspringt dem allgemeinen Interesse und allgemeinen Willen der gegebenen Gesellschaftsgruppe. Was man unter dem Termin „allgemeiner Wille“, „allgemeines Interesse“ verstehen soll ist nicht immer ganz klar. Im Grunde genommen werden hier zwei Standpunkte eingenommen: Der erste betont den subjektiven Charakter des Wesens des allgemeinen Willens oder Interesses, der zweite lehnt die Subjektivität als Wesen dieser Gegebenheiten ab und hat nicht wenige stichhaltige Beweise vom objektiven Charakter des Wesens dieser Gegebenheiten erbracht. Viele Schwierigkeiten entstehen hier insbesondere im Zusammenhang mit der uneinheitlichen Auswertung der Begriffe „Subjektivität“ und „Objektivität“. Die undialektische, mechanistische Auffassung dieser Begriffe, auch in der marxistischen Philosophie (in der Zeit des Dogmatismus), führte unter anderem zur Gleichstellung des Subjektiven mit dem Subjektivismus und des Objektiven mit der Objektivität. Die Wechselwirkung zwischen beiden Polen der einheitlichen gesellschaftlichen Struktur nötigt aber die wissenschaftliche Soziologie zur

dialektischen Betrachtung dieser Kategorien, zum Verlassen aller Vereinfachungen, die letzten Endes im Hintergrund dieser Theorien standen. Dennoch besteht unseres Erachtens auch objektiv ein Gegensatz zwischen beiden Betrachtungsweisen, welcher aber von dialektischer Natur ist. Seine Klärung ist aber noch nicht zu Ende geführt. Als Vertreter dieser Richtung könnten wir zum Beispiel H. Steiner¹⁰ (und auch den Verfasser dieser Abhandlung) anführen. Die zweite Auffassung hat aber einstweilen das quantitative Übergewicht, was aber nicht zu verwundern ist, da auch die idealistische Geschichtsdeutung bis in die Hälfte des vorigen Jahrhunderts die einzige existierende war.

E) Die öffentliche Meinung wird als Bewertung allgemein wichtiger Tatsachen und Sachverhalte betrachtet, ist also nicht mit jeder beliebigen Beurteilung von zufälligen Tatsachen zu verwechseln. Dieses Merkmal der öffentlichen Meinung ist ein logisches Resultat der Tatsache, daß die öffentliche Meinung eine widerspruchsvolle Einheit darstellt, deren Grundlage auf einem allgemeinen Interesse fußt. Sehr lapidar bringt diese Sachlage J. Popelová zum Ausdruck, wenn sie schreibt: „Zum Unterschied von der deskriptiven Ethologie der Drukheimschen Schule, welche die öffentliche Meinung als ein homogenes Ganzes ansah und diese passiv zur Kenntnis nahm, wodurch sie die bürgerliche öffentliche Meinung (da sie einzig diese kannte) in den Rang einer absoluten und unveränderlichen Autorität erhob, sehen wir die öffentliche Meinung klassenmäßig (bzw. ständisch) abgestuft in ihrer Progressivität . . .“¹¹

F) Da die marxistische Soziologie einzelne Fragen und Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens nicht nur nach ihren formalen Seiten her betrachtet, aber im Einklang mit der dialektischen Betrachtungsweise den größten Nachdruck auf den Inhalt legt, sieht sie die öffentliche Meinung nicht als Meinung überhaupt, aber als eine historisch konkret und klassenmäßig beeinflusste Meinung einzelner gesellschaftlicher Gruppen. Die öffentliche Meinung ist demnach ihrem Inhalte nach klassenmäßig bestimmt und ist in diesem Sinne auch eine Meinung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Die Gemeinschaftsformen (im Sinne F. Tönnies') haben hier sekundäre Bedeutung.

Auf Grund der angeführten Hauptmerkmale der öffentlichen Meinung, wie man sie unserer Ansicht nach den Hauptrichtungen in den Theorien der öffentlichen Meinung entnehmen kann, kommen wir nun zu dieser hypothetischen Definition der öffentlichen Meinung:

Die öffentliche Meinung stellt eine gewisse Art des Meinens dar, dessen spezifische Merkmale auf seinem gesellschaftlichen, klassenmäßig bestimmten, sozialpsychologischen Bewerten wichtiger gesellschaftlicher Tatsachen beruhen und dessen Charakter durch das Wesen des allgemeinen Willens der gesellschaftlichen Gruppen gegeben ist. Der allgemeine Wille selbst fußt auf den materiellen Interessen der erwähnten Gruppen.

Wir haben absichtlich den konkreten Prozeß der Meinungsbildung nur von Seiten seiner allgemeinen Tendenzen beurteilt. Den Anteil der Propaganda, die psychische Bereitschaft der gesellschaftlichen Gruppen Meinungen zu Formen haben wir beiseite gelassen, da diese Probleme einer eingehenden Untersuchung unterworfen werden müßten.

III

(1)

Der allgemein-methodologische Beitritt zur Meinungsforschung ist durch das zu erforschende Objekt selbst, d. h. durch die öffentliche Meinung bestimmt, und da dieses Objekt vermittelt durch den Begriff der öffentlichen Meinung gegeben ist, auch durch diesen Begriff und zwar in gewissen Sinne unmittelbarer als durch das Objekt selbst.

(2)

Da die öffentliche Meinung ihrem unmittelbaren Wesen nach eine subjektive Seite des gesellschaftlichen Lebens darstellt und da die exakte Erforschung solcher Tatsachen immer außerordentliche Schwierigkeiten bereitet, wenn von ihrem objektiven Hintergrund abgesehen wird, ist das philosophische Erfassen des wirklichen Sinnes des Meinens an erster Stelle von der dialektischen Wechselwirkung zwischen den objektiven und subjektiven Elementen des Meinens abhängig. Hier entsteht sichtlich ein nicht unwesentlicher Widerspruch. Für die weitere Lösung der theoretischen Problematik der öffentlichen Meinung wird es daher notwendig sein, die wichtigsten Momente dieses Widerspruches zu erfassen und zwar in der Richtung einer Ausfindigmachung wirklich objektiver Gegebenheiten, die den tragenden Hintergrund der öffentlichen Meinung vorstellen.

Wir kamen bisher zur Schlußfolgerung, daß das Wesen der öffentlichen Meinung subjektiv, seine Basis aber objektiv ist, d. h. daß diese durch die objektive Struktur der Gesellschaft bestimmt wird. Die unmittelbare Objektivierung der öffentlichen Meinung besteht dann hauptsächlich im realen Ausdrücken der psychischen Einstellung (Attitude) durch die Sprache und Schrift (Versammlung, Zeitung, Literatur, Rundfunk, Fernsehen usw.). Dies ist aber nur eine Seite des Verhältnisses zwischen den objektiven und subjektiven Momenten der öffentlichen Meinung, so daß die dialektische Wechselwirkung Subjekt—Objekt damit nicht bei weitem erschöpft wird.

Im allgemeinen haben die Begriffe Objekt und Subjekt in der marxistischen Philosophie zweierlei Bedeutung: Das Subjekt ist mit dem Bewußtsein gleichgestellt und ihm gegenüber bildet die ganze Welt das Objekt. Zweitens differenziert sich die Wirklichkeit, die wir als Objekt bezeichnen, in zwei Pole, in den Pol, welcher das Erkennen bildet und auf Grund dieser Erkenntnis die objektive Welt verändert, und auf das, was auf das Subjekt einwirkt, erkannt und so umgeformt wird; das bildet das Objekt.¹²

Da aber erst durch den konkreten Charakter des auftretenden Mittels der dialektische Zusammenhang zwischen dem Objekt und dem Subjekt zustandekommt und durch dieses Mittel auch die reale Bedeutung bekommt, ist der Charakter des Mittels für die Wechselwirkung zwischen Subjekt und Objekt wesentlich und in diesem Sinne sogar von ausschlaggebender Bedeutung. Neue Mittel, welche in den Prozeß der Meinungsbildung treten — ob es schon solche Mittel sind, die einen Ausdruck neuer Bedürfnisse bilden (Fernsehapparate, Lehrautomaten usw., oder andere) —

lassen auch immer wieder das Objektive und Subjektive in neuem Lichte erscheinen.

(3)

In der erwähnten Hinsicht sind wir also Zeugen eines außerordentlich variablen Prozesses der gesellschaftlichen Entwicklung, der in der fast enormen Anhäufung von Mitteln einerseits und in der immer größeren Fähigkeit diese Mittel in den Hauptrichtungen quantitativ zu erfassen, andererseits, besteht. Hierauf fußen, von der subjektiven Seite der objektiven Momente her betrachtet, unserer Ansicht nach auch alle Versuche den ganzen Verlauf der Meinungsentwicklung empirisch und quantitativ festzuhalten und ihm so ganz scharfe und unzweideutige Formen zu geben, wenn wir vom Drang nach immer vielseitiger Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens einstweilen absehen und in dieser Richtung auf das in unserer Einleitung Gesagte verweisen.

Die Quantifizierung (Erfassung der Meinungen und Mittel in ihrer Wechselwirkung) als Merkmal wirklicher Exaktheit und Wissenschaftlichkeit ist demnach heute schon ein selbstverständliches Ziel jeder ernsthaften Meinungsforschung geworden. Es rückt aber immer wieder das Bedenken in den Vordergrund, ob eine bloße Quantifizierung tatsächlich die elementaren Eigenschaften der Wirklichkeit und der öffentlichen Meinung erfaßt. Der bekannte Theoretiker Th. W. Adorno orientiert seine Kritik scharf gegen die Überdimensionalisierung der quantitativen Dimension aller gesellschaftlichen Phänomene, deren begriffliche Fixierung erst das Wesen dieser Tatsachen als Ganzes erschöpfen kann. Ihm gegenüber ist zum Beispiel der amerikanische Soziologie St. C. Dodd dadurch bekannt geworden, daß er sich bei der Meinungsforschung einseitig auf mathematische Methoden stützte und dadurch den Wert der Meinungen zu ergründen suchte. Es ändert hier auch nichts die Tatsache, daß es ab G. Galilei, Fr. Bacon, J. Locke unzweifelhaft geworden ist, daß die experimentelle, bzw. exakte Bestätigung der theoretischen, bzw. hypothetischen Voraussetzungen einen immanenten Bestandteil jeglichen wissenschaftlichen Denkens und Handelns bilden.

(4)

Wenn wir die oben angeführten Charakteristiken der zwei, unserer Ansicht nach in Betracht kommenden Betrachtensweisen der öffentlichen Meinung, mit der sehr grob und deskriptiv skizzierten Charakteristik der Merkmale der öffentlichen Meinung in Verbindung bringen, kann das Resultat keiner der beiden die absolute Wahrheitstreue und methodologische Fruchtbarkeit zusprechen. Ohne quantitative Analyse bleibt die theoretische Arbeit eine bloße Spekulation, verliert sich notwendigerweise in Halbwahrheiten u. nichtbestätigten Konstruktionen, andererseits kann die quantitative Analyse und Festhaltung der öffentlichen Meinung auch nicht zum Wesen dieses Phänomens vordringen, da der Begriff selbst außerhalb des zu erforschenden Tatbestandes bleibt. Wenn wir die Meinungsforschung betrachten, sehen wir, daß ihre Objektivität auf der

sachlichen Beurteilung des Standes der Meinungen beruht, nicht aber die objektive Seite des geschichtlichen Subjekts genügendmaßen in Betracht zieht.

Zur plastischen Klarlegung unserer Auffassung führen wir nun ein Beispiel an. Im Jahre 1946 unternahm das Tschechoslowakische Institut für Meinungsforschung¹³ den Versuch die Wahlergebnisse vorauszusagen. Das Resultat zeigt diese Tabelle:

Politische Partei	Ergebnisse der Meinungsforschung	Ausgang der Wahlen	Unterschied (Abweichung)
Kommunistische Partei der ČSR	39.6 %	40.2 %	0.6 %
Tschechoslowakische Volkspartei	19.2 %	20.2 %	1.0 %
Soz. dem. Partei	16.0 %	15.6 %	0.4 %
Nationalsozialistische Partei	22.5 %	23.7 %	1.2 %
Weißer Stimmzettel	2.7 %	0.4 %	2.3 %

Die angeführte Tabelle löst gleich auf den ersten Blick zwei Gedanken aus. Erstens ist jeder durch die präzise Vorhersage sicher stark beeindruckt. Nichts kann die Tatsache in Abrede stellen, daß hier eigentlich im Vorhinein festgestellt wurde, was später auch folgte. Man kann also behaupten, daß die Methoden der repräsentativen Meinungsforschung derart entwickelt sind, daß man gewisse Ereignisse Voraussagen kann. Der zweite Gedanke beinhaltet gewisse, nicht unwesentliche Bedenken von wirklich praktischem Wert und der Reichweite einer noch so präzise durchgeführten Meinungsforschung. Das oben angeführte Ergebnis zeigt zwar, wie die Bürger im gegebenen Augenblick politisch orientiert sind, kann aber nicht beantworten, warum (objektive Gründe!) sie so denken, wie lange und mit wie großer Intensität diese Orientation dauern wird. Eine an die Gesellschaftsangehörigen gerichtete Frage, die zur Beantwortung solcher Momente gerichtet wäre, könnte aber wieder nur zeigen, wie der Einzelne über die Beweggründe seines Bewußtseins denkt, nicht aber eine wirklich objektive und wissenschaftliche Antwort liefern.

Wir wollen damit nicht behaupten, daß es nicht Konzeptionen der Meinungsforschung gibt, welche auch solche Fragen bewußt in ihren Forschungsbereich eingliedern. Da aber auch die Beurteilung und Berücksichtigung dieser Seiten an und für sich formalen Charakter haben kann, wenn sie nicht in ihren wesentlichen Zügen mit einer Analyse der objektiven gesellschaftlichen Struktur verbunden wird, kann auch die Methode nur relativen (auf gewisse Gebiete begrenzten) Wert haben.

Unsere Bedenken in bezug auf eine überschwängliche Bewertung der mathematischen Methoden in der Meinungsforschung waren selbstverständlich nicht gegen dieses progressive Bestreben selbst gerichtet. Wir waren bemüht zu zeigen, daß es hier auch eine theoretische Dimension gibt und daß sich jede Vernachlässigung in dieser Richtung mit der Erlangung bloßer Halbwahrheiten und Fehlurteile rächt.

IV

(1)

Die öffentliche Meinung kann also von zwei Aspekten her betrachtet werden:

A) Vom Blickpunkt der soziologischen Meinungsforschung her, welcher bisher in der Form quantitativer Analysen individueller Meinungen in den Vordergrund getreten ist und ziemlich eng mit der Praxis verbunden war.

B) Als Gegenstand theoretischer, bzw. philosophischer Analysen. Wenn man bei der soziologischen Meinungsforschung eine relative Einheit in den Einzelverfahren feststellen kann, dann trifft man in der Theorie eine große Mannigfaltigkeit von Konzeption an, die zwar in ihrer Grundrichtung entweder zur materialistischen oder idealistischen Geschichtsdeutung streben, dennoch in den konkreten Ansichten uneinheitlich sind.

(2)

Die Gründe, warum so ein Sachverhalt existiert, sind vielfältiger Natur. Die empirisch aufgefaßte Sozialforschung lehnt fast allgemein jedes Theoretisieren als Spekulation ab.¹⁴ So ein Standpunkt ist ohne Zweifel durch die geschichtliche Erfahrung gegeben. Die tausendjährige Alleinherrschaft der idealistischen Geschichtsdeutung, ihr (im Ganzen genommen) spekulativer und unwissenschaftlicher Charakter, hatten tiefe Wurzeln in daß konkret wissenschaftliche Bewußtsein eingelassen. Der Wert dieser Philosophie war oft wirklich fraglich. Andererseits ist die positivistisch orientierte Soziologie bemüht, der materialistischen Geschichtsauffassung auch aus ideologischen Gründen entgegenzutreten und so den großen Wert der wissenschaftlichen Deutung der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten herabzumindern.

Ein nicht unwesentlicher Teil der Problematik selbst, welche die vor-marxistische Philosophie zu erklären suchte, war aber durchaus real, wie es auch die Bedingungen, welche zur Entstehung des historischen Materialismus führten, zeigen.

Aus allen diesen Gründen scheint die Einheit der konkret soziologischen und philosophischen Forschung durchaus wünschenswert zu sein. Die marxistische soziologische Forschung (auch die Meinungsforschung) hat niemals die gegenseitige, dialektische Bedingtheit der Soziologie und Philosophie bezweifelt. Die materialistische Geschichtsdeutung bildet den theoretischen Ausgangspunkt für die konkrete soziologische Forschung und diese wieder führt durch die konkrete Berührung mit der Praxis zur Entdeckung immer neuer Gegebenheiten, welche durch ihre Inbezugnahme in das theoretische System zu einer immer vielfältigeren Plastizität der Theorie selbst führen.

(3)

Die Frage selbst lautete selbstverständlich nicht, ob die konkrete soziologische Meinungsforschung oder die Theorie das Recht haben, die öffentliche Meinung zu studieren, sondern welche Mittel verfügbar sind, um

das Wesen und den Wert, und dadurch den Anteil der öffentlichen Meinung am gesellschaftlichen Fortschritt, zu ermitteln. Nur so und in dieser Hinsicht glaubten wir das Recht zu haben, die Soziologie der Philosophie gegenüberzustellen.

Obwohl es das Ziel der Meinungsforschung ist, einzelne Meinungen wahrheitsgetreu in Verbindung mit ihren allgemeinen Bedingungen zu bringen, geht es in diesem Fragenkomplex auch darum, solche Bedingungen ausfindig zu machen, die zu einer wahrhaften öffentlichen Meinung führen. Die erste Hälfte dieser Aufgaben ist bis zu einem gewissen Grade gelöst, die zweite Hälfte ist nur in sehr groben Rissen angedeutet und nur in der allgemeinen Sphäre beantwortet.

(4)

Die öffentliche Meinung war in der Geschichte immer widerspruchsvoll. Sie war niemals dauernd und absolut wahr; aber auch nicht falsch. So ist es auch nicht zu verwundern, daß vielfach behauptet wird, daß die öffentliche Meinung alles Falsche und Wahre enthält. So betrachtet wäre die öffentliche Meinung im Verhältnis zum Problem der Wahrheit irrelevant. Es ist zwar unbestreitbar, daß in den Meinungen das Wahre und das Unwahre enthalten ist und daß in ihnen das Subjektive in einer ausgeprägten und vielseitigen Form enthalten ist, aber gleichzeitig ist bewiesen, daß das Verhältnis zwischen dem Wahren und dem Unwahren nicht immer gleich ist. In gewissen Epochen bringt die subjektive Form der öffentlichen Meinung das objektive Interesse der fortschrittlichen gesellschaftlichen Subjekte zum Ausdruck und beinhaltet vorwiegend das Wahre. Ähnlich treffen wir auch das Gegenteil an. Daraus können wir entnehmen, daß das Wesen der öffentlichen Meinung in der objektiven Struktur der Gesellschaft verankert ist. Die öffentliche Meinung als gewisser Bewußtseinszustand stellt in ideeller Form den Abklatsch der konkreten Gesellschaftsstruktur dar. Die öffentliche Meinung ist also konkret, d. h. in der bisher existierenden Gesellschaften klassenmäßig und ständisch abgestuft. A. K. Uledow schreibt dazu, daß sich die öffentliche Meinung auf der Grundlage des allgemeinen Interesses entwickelt und formt¹⁵ und daß dieses durch die verschiedenen Formen der Kollektivität, welche selbst auf gesellschaftlichem Sein fußen, vermittelt ist und, vereinfacht gesagt, eine ideelle Aktualisation der Seinsposition ausdrückt.¹⁶

Die Triebkraft der Demokratie entspringt demnach nicht bloß und an erster Stelle der öffentlichen Meinung, wenn auch die Existenz einer solchen Meinung auf die Möglichkeiten des Wirkens einer demokratischen Staatsform hinzeigt, sondern sie wird durch die konkrete Form der dialektischen Wechselwirkung einzelner Seinsformen des gesellschaftlichen Lebens, in denen das soziale Wollen einzelner Menschen den Ausgangspunkt hat, gegeben.

V

(1)

Das Wesen der öffentlichen Meinung bildet einen immanenten Bestandteil des Wesens der Gesellschaft. Die Geschichte belehrt uns, daß der Fort-

schritt der Gesellschaft nicht immer durch die Wahrheit beding war, daß sogar oft das Wahre im relativen Widerspruch zum Fortschrittlichen war; öfters noch das Gegenteil. Das Bestreben eine fortschrittliche öffentliche Meinung auszulösen muß nicht immer im Einklang mit der Wahrheits-treue sein. Die antagonistischen Widersprüche in den Klassengesellschaften, welche in überwiegender Mehrheit zu so einem Stande führten, daß die fortschrittliche Klasse gleichzeitig eine ausbeutende Klasse war, prägten dem Wesen des Wollens dieser Klassen einen eigentümlichen Charakter auf. Die Anschmiegung an die wahrheitstreue Lösung einzelner Probleme der Öffentlichkeit war durch den Charakter des Interesses bestimmt, und da dieses Interesse immer stärker war als das Interesse den Fortschritt zu fördern, war die öffentliche Meinung voll von Widersprüchen und enthielt, wie wir schon betonten, sowohl das Wahre, als auch das Falsche. Zwischen dem Fortschrittfördernden und dem Wahren wirkte also notwendig ebenfalls ein sehr entwickelter Widerspruch.

Es kann scheinen, daß so eine Abstufung der öffentlichen Meinung zum Wesen dieser Meinung gehört. Aber schon W. I. Lenin hat geschrieben: „Wir haben auch eine genügend entwickelte öffentliche Meinung des russischen (und internationalen) revolutionären Milieus, welche die ganze Geschichte hinter sich hat und welche mit unbarmherziger Strenge jede Verletzung der Pflichten eines Genossen bestraft.“¹⁷ Lenin war also überzeugt, daß die öffentliche Meinung unter gewissen Bedingungen wahrheitstreu und sogleich fortschrittsfördernd sein kann und nicht nur vorübergehend, sondern dauernd. Dies ist sicher kein bloßer Glaube. Dieser Standpunkt entspricht der materialistischen Geschichtsauffassung, welche die Bedingtheit des Bewußtseins durch das Sein bewiesen hat.

Dennoch bleibt aber etwas vom dialektischen Widerspruch zwischen der Wahrheit und dem Meinen immer erhalten, wenn wir das Meinen als Ganzes, ungliedertes Objekt betrachten. Die konkrete soziologische Forschung will wahrheitsgetreu dieses widerspruchsvolle Meinen erfassen, ohne es aber gleichzeitig irgendwie zu beeinflussen. Eine wissenschaftliche Meinungsforschung macht also die öffentliche Meinung selbstverständlich noch nicht wahrhafter. Es muß aber auch festgestellt werden, daß sich diese Meinungsforschung so ein Ziel nicht stellt und es ist auch objektiv fast unmöglich, daß dieses Problem im Rahmen der soziologischen Forschung gelöst wird. Gestellt muß es aber schon werden, wenn auch die Lösung ganz andere Kräfte auf den Plan führen muß als jene, die einstweilen angeführt und in Verbindung mit der Meinungsentwicklung gebracht wurden.

Das Meinen als individuelles Meinen wird selbstverständlich immer nach seinem gnoseologischen Wert abgestuft sein, da niemals eine absolute qualitative Einheit alles individuellen Meinens erzielt werden kann. Da aber die öffentliche Meinung einen ganz gewissen Bewußtseinszustand und Stand des gesellschaftlichen Bewußtseins bildet, ist diese Meinung nicht unmittelbar durch die Logik des Denkprozesses jedes Einzelnen bestimmt, sondern vermittelt des Charakters des gesellschaftlichen Seins mittels der objektiven gesellschaftlichen Beziehungen, in denen es seinen Ausgangspunkt hat.

(2)

Die wissenschaftliche Philosophie hat bewiesen, daß es grundsätzlich möglich ist so einen Seinszustand der Gesellschaft zu erreichen, der jeden Antagonismus und krassen Widerspruch zwischen Fortschrittlichkeit und Reaktion im Zuge planmäßiger gesellschaftlicher Entwicklung ausschließt. Diese dialektische Einheit des Seinszustandes bewirkt nach und nach, sicher in einem sehr komplizierten Entwicklungsprozeß, einen dementsprechenden Bewußtseinszustand. Das Wollen der gesellschaftlichen Gruppen schmiegt sich im Verlaufe dieses Prozesses immer mehr dem fortschrittlichen, wissenschaftlichen Beurteilen des Seins an, entfaltet sich in seinem Rahmen und formt so den Charakter der öffentlichen Meinung. Freilich verläuft dieser Prozeß nicht spontan. Der Sprung von der Spontaneität zur bewußten Handlungsweise und Denkweise ist durch eine dementsprechende Organisation der Gesellschaft bedingt und setzt eine Organisation voraus, die diesen Keimern zielbewußt und planmäßig entwickelt. Eine solche Organisation ist nun ebenfalls entstanden. Es sind jene Parteien, welche sich in ihrem Handeln durch die wissenschaftliche Gesellschaftstheorie, den historischen Materialismus, leiten lassen und die Errungenschaften dieser Theorie zum ideellen Ausgangspunkt des Handelns machen. Ohne diese elementare Vorbedingung ist es wirklich unmöglich, diesen enormen und sehr nötigen Fortschritt im gesellschaftlichen Denken zu erzielen.

(3)

Wir stellen also fest, daß die öffentliche Meinung ein komplexes gesellschaftliches Phänomen darstellt. Um seine quantitativen und qualitativen Eigenschaften zu erfassen, scheint es unbedingt notwendig zu sein, die quantitative und qualitative Analyse, d. h. die konkrete soziologische Meinungsforschung ununterbrochen mit der wissenschaftlich-philosophischen Analyse dialektisch zu verbinden, um in ihrer einheitlichen Anwendung nicht festzustellen, wie die öffentliche Meinung denkt, sondern auch Wege ausfindig zu machen, sie zur Wahrhaftigkeit und Fortschrittlichkeit zu orientieren und damit zielbewußt den Weg zum Kommunismus zu ebnen.

Übersetzt von W. Smrčka

ANMERKUNGEN

- ¹ *Zd. Mlynář, Z dějin západoevropských politických ideologií* (Aus der Geschichte der westeuropäischen Ideologien), SNPL, Praha 1961, S. 193–194.
- ² *G. le Bon, Psychologie des foules* (Psychologie der Massen), Paris 1921.
- ³ *V. I. Lenin*, Aus dem philosophischen Nachlass, S. 289.
- ⁴ *J. J. Wiatr, O sociológii* (Über die Soziologie), Bratislava 1964, S. 110.
- ⁵ *F. Tönnies, Kritik der öffentlichen Meinung*, Berlin 1922.
- ⁶ *W. Lippmann, Public Opinion*, Brace and Comp., N. Y., 1922.
- ⁷ *W. Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie*, Tübingen 1957.
- ⁸ *A. L. Lowell, Veřejné mínění a lidová vláda* (Die öffentliche Meinung und die Regierung des Volkes), Praha 1919.

- ⁹ *Fr. v. Holtzendorff*, Wessen und Werth der öffentlichen Meinung, G. Himmer, München 1880.
- ¹⁰ *H. Steiner*, Zájmy dělnické třídy a pravda (Die Interessen der Arbeiterklasse und die Wahrheit), Sborník prací filosofické fakulty brněnské university, G 4.
- ¹¹ *J. Popelová*, Etika (Ethik), CSAV, Praha 1960, S. 412.
- ¹² Siehe zum Beisp. *J. Mužik*, Subjekt a objekt (Subjekt und Objekt), SNP, Praha 1964, S. 84–85.
- ¹³ Čs. ústav pro výzkum veřejného mínění (Tschechoslowakisches Institut für Meinungsforschung), Zeitschrift Veřejné mínění (Öffentliche Meinung), Jahrgang 194.
- ¹⁴ *R. König*, Soziologie, Fischer Lexikon, Frankfurt am Main, 1962, S. 7.
- ¹⁵ *A. K. Uledow*, Obščestvennoje mnění sovjetskovo občestva (Die öffentliche Meinung der sowjetischen Gesellschaft), Sozkegiz, 1963, S. 22–23.
- ¹⁶ *A. K. Uledow*, l. c., S. 15.
- ¹⁷ *V. I. Lenin*, Schriften, Bd. 6, Moskwa 1959, S. 141–142.

NĚKOLIK POZNÁMEK K OBECNĚ METODOLOGICKÝM PROBLÉMŮM VEŘEJNÉHO MÍNĚNÍ

Seriózní výzkum veřejného mínění se stává stále zjevnější nutností. Tato nutnost je vyvolána příčinami dvojího druhu: a) je to snaha „nositelů“ mínění získat uznání vlastního mínění; b) potřeba institucí, organizací, trhu apod. znát mínění těch, na něž je činnost těchto složek zaměřena.

Autor se v dané stati pokusil načrtnout základní rysy souvislosti mezi příčinami vzniku veřejného mínění a jeho stavem na jedné straně a způsoby zjišťování konkrétního podílu té které okolnosti na vzniku určitého veřejného mínění. Dále se zabývá v obecné rovině problémem pravdivosti a pokrokovosti veřejného mínění, jakož i s tím spojenou problematikou funkcí veřejného mínění. Jakožto nejdůležitější filosoficko-metodologický problém vystupuje v daném pojednání vztah mínění (veřejného) jako relativně samostatného společenského jevu k danostem tomuto mínění nadřazeným. Z uvedeného hlediska vystupuje veřejné mínění jako část vyšší struktury; zákonitosti veřejného mínění pak tkví svými kořeny předně v této struktuře a nikoli ve veřejném mínění „o sobě“. Podřízenost veřejného mínění hlubším společenským danostem, koneckonců pak ekonomické struktuře (veřejné mínění je považováno za jeden z jejich projevů) se jeví nejen z hlediska historického materialismu, což je samozřejmé, ale i z hlediska sociologického bádání jako prokázaná skutečnost.

Na největší překážky však nenaráží přijetí principu sepětí veřejného mínění s celou společenskou strukturou, nýbrž úsilí vysledovat síť těch struktur a jejich dynamiky, jejichž poznání umožní pochopit vazbu veřejného mínění se společenskou strukturou v celé její zprostředkovanosti, a to současně i se specifičností podílu té které vrstvy struktury na utváření funkcí i celého smyslu veřejného mínění.

Autor považuje empirický, příp. sociologický výzkum veřejného mínění za způsob řešení výše naznačených problémů. Snaží se však zároveň ukázat, že tento postup nemůže být s ohledem na povahu zkoumaného objektu soběstačný a že je v samé povaze veřejného mínění, že jeho poznání bude výsledkem dialektické součinnosti celého systému společenských věd. Velká část problematiky a potřeby jejího řešení (funkce veřejného mínění, hodnota veřejného mínění apod.) na nezbytnost takové součinnosti poukazují.

Samo veřejné mínění je v dané stati posuzováno jako třídně či skupinově diferencovaný jev s množstvím různých jevových forem, mezi nimiž má zvláštní význam politická forma veřejného mínění; zejména u této pak vyniká význam dialektického přístupu. Výzkum veřejného mínění je dále hodnocen nejen jako prostředek zjišťování stavu veřejného mínění, nýbrž i jako jeden z nástrojů takové jeho změny, která by umožnila veřejnému mínění plnit důsledně pokrokovou funkci.